



EU-WEITE PLASTIKSTEUER

Veröffentlicht am 26.07.2020 um 05:00 von Redaktion Stodo.NEWS

Im Schatten der Milliardenbeschlüsse der Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel ist eine revolutionäre Entscheidung bislang kaum beachtet worden: In Europa soll ab 2021 eine Plastiksteuer eingeführt werden. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) begrüßt diesen Schritt ausdrücklich, fordert aber Nachbesserungen.

DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch: "Die EU setzt um, was die Bundesregierung seit Jahren schon hätte tun müssen: Sie besteuert endlich umweltschädliche Plastikverpackungen. Schade ist nur, dass sie dabei viel zu zaghaft vorgeht. Wir brauchen einen Preis, der wirklich ein Umsteuern bewirkt. Und wir brauchen Vorschriften, die vor allem die Vermüllung von Natur und Städten durch unnötige Wegwerfprodukte beendet, seien es Einweg-Plastikflaschen, Plastiktüten oder Einweg-Coffee-to-go-Becher."

Nach Ansicht der DUH ist eine Steuer in Höhe von 80 Cent pro Kilogramm viel zu niedrig. Außerdem setze der aktuelle Entwurf am falschen Ende an. Geplant ist demnach, als Berechnungsgrundlage die nicht-recycelten Kunststoffverpackungsabfälle zu nehmen. Effektiver ist es aber, neu produziertes Primärplastik in Verpackungen bereits dann zu besteuern, wenn sie in Umlauf gebracht werden. Zusätzlich zu der Steuer fordert der Umwelt- und Verbraucherschutzverband eine Abgabe von mindestens 20 Cent auf besonders problematische Einwegartikel, wie Plastikflaschen, Plastiktüten oder Coffee-to-Becher.

DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch ergänzt: "Das Europäische Parlament und Bundeskanzlerin Merkel müssen sicherstellen, dass die Einnahmen ausschließlich zum Zweck der Abfallvermeidung und Mehrweg-Förderung ausgegeben werden. Außerdem brauchen wir eine Mindestquote für den Einsatz von Recyclingkunststoff, um dessen Einsatz anzukurbeln."

Informationen zum Problem Einweg-Plastikflaschen: www.duh.de/mehrweg-klimaschutz0/einweg-plastikflaschen/

Quelle: Deutsche Umwelthilfe e.V.